

Rolle spielen. Deshalb sind wir bereit, eine schrittweise Regelung bei der Umwandlung Westberlins in eine friedfertige, neutrale Freie Stadt zu erwägen. Wir sind auch bereit, im Interesse einer friedlichen Regelung des Problems den Vorschlag in Erwägung zu ziehen, daß in Westberlin die Flagge der NATO zunächst durch die Flagge der Organisation der Vereinten Nationen ersetzt wird und daß die UNO dort bestimmte internationale Verpflichtungen und Funktionen übernimmt. Natürlich wäre eine solche Regelung für uns nur dann annehmbar, wenn sie von seiten aller Beteiligten die Respektierung der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik vor allem auch bei der Benutzung der nach Westberlin führenden Verkehrswege der DDR zu Lande, zu Wasser und in der Luft einschließt.

Wir sind der Ansicht, daß jeder, der keine Kriegsprovokationen im Sinne hat, der nicht darauf aus ist, Westberlin zur Diversionstätigkeit gegen die DDR zu mißbrauchen, über einen solchen Kompromiß verhandeln und seine Unterschrift unter einen solchen Kompromiß setzen kann.

Regierungsorgane in Bonn haben in der Westpresse darüber informiert, daß zwischen der Regierung der Bundesrepublik und der Regierung der DDR - ich betone ausdrücklich: zwischen beiden Regierungen - Kontakte zur Vorbereitung politischer Besprechungen hergestellt wurden. Beide Seiten waren übereingekommen, Vertreter ihrer Regierung für solche Besprechungen zu benennen. Diese Kontakte wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen im karibischen Raum gestört.

Im Interesse der Sache hätte es gelegen, wenn diese Kontakte vertraulich, in aller Ruhe und Sachlichkeit gepflegt worden wären. Offenbar gibt es jedoch Kreise in Bonn, die normale Verhandlungen verhindern möchten und aus diesem Grunde seit Monaten die verschiedensten Pressemeldungen lancieren, die zum größten Teil mit den Tatsachen in Widerspruch stehen.

Jeder vernünftige Mensch sollte erkannt haben: Wenn Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und den USA über die deutsche Friedensregelung geführt werden, dann sollten erst recht solche Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutscher Regierungen stattfinden. Das ist selbstverständlich nur auf gleichberechtigter Basis möglich. Die Entwicklung normaler Wirtschaftsbeziehungen zwischen beiden deutschen Staaten kann solche Verhandlungen nur günstig beeinflussen. Der Vertreter der Bonner Regierung hat vor längerer Zeit dem Vertreter des Ministe-